

Durchsetzbarkeit des Rechtsanspruchs auf KiTa-Platz

Die Junge Union Bremen möge auf dem außerordentlichen Bremntag am 08.09.2019 beschließen, den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz eines jeden Kindes, das in der Freien Hansestadt Bremen seinen Wohnsitz hat, in Zukunft praktisch durchzusetzen und damit die frühkindliche Bildung sowie das Betreuungsangebot für Kinder vor Schulbeginn zu gewährleisten.

I. Dies muss zum einen durch Schaffung neuen Betreuungsraumes geschehen. Die Anzahl der verfügbaren Plätze muss erhöht werden; nämlich um die Anzahl aller Kinder, denen der Rechtsanspruch zusteht.

Neben dem Ausbau von vorhandenen KiTa-Gebäuden sollen deswegen auch zusätzliche neue Gebäude gebaut, oder anderweitige bestehende Gebäude zu KiTa's umfunktioniert werden. Der Betreuungsraum soll für die Familien nah am Wohnort oder Arbeitsplatz sein.

II. Zum anderen muss dem Fachkräftemangel im Betreuungs- und frühkindlichen Bildungssektor abgeholfen werden. Es soll so viel Personal eingestellt werden, dass jede(r) Erzieher/in sicherstellen kann, sozial-pädagogisch und erzieherisch wertvoll auf seine Anzahl von zu betreuenden Kindern einzuwirken.

Bremen soll dafür für eine bessere und angemessenere Vergütung seiner Erzieher sorgen; in der Ausbildung als auch im Beruf. Eine Besoldung nach Index-Standorten wird abgelehnt.

Des Weiteren soll Bremen daran mitzuwirken, den Erzieherberuf aufzuwerten. Die Berufsgruppe von Erziehern/innen soll mehr in die Gesellschaft sozial integriert und durch eine Erhöhung des Prestiges belohnt werden.

III. Außerdem soll Bremen verstärkt die Kooperation von öffentlichen als auch privaten Trägern stärken. Als neue private Trägerschaft sollten die ab 1.000 Mitarbeiter in Bremen ansässigen Unternehmen bezüglich der Betreuung von Kindern der Angestellten in Betracht gezogen werden.

Begründung:

Eine Gewährleistung der Durchsetzbarkeit des Rechtsanspruchs eines jeden Kindes in Bremen auf einen KiTa-Platz ist unabdingbar. Das Land ist in der Pflicht dafür Sorge zu tragen, den Familien, insbesondere den Kindern, soziale Gerechtigkeit in Form von frühkindlicher Bildung und Betreuung zu ermöglichen. Die pädagogische Einflussnahme auf die Entwicklung und das Verhalten der Kinder in der KiTa ist das Trittbrett dafür, die Kinder unter dem Aspekt der Sozialisierung als auch der Leistungsfähigkeit für das spätere Leben vorzubereiten. Wie soll die Teilhabe an der

Chancengleichheit der 900 Kinder garantiert sein, denen bislang im Jahr 2019 kein KiTa-Platz aufgrund des Mangels an Raum und Personal zugewiesen konnte. Hinsichtlich der Wichtigkeit der Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern im dem Alter, als auch deren Drang nach Verständnis für Zusammenhänge und Gewinnung von Erkenntnissen, dürfen mangelnder Raum und Personal keinesfalls als Argumente für die Verweigerung von KiTa-Plätzen gelten. Besonders, wie man an den Zahlen sieht, dass in Bremen 34% aller Kinder und Jugendlichen in Armut leben. Dies allein bedeutet schon einen ungleich schlechteren Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten.

Die derzeitige Situation lässt des Weiteren bundesweit Familien abschrecken, ihren Wohnsitz nach Bremen zu verlagern. Überdies gibt es jetzt schon einen massiven Fluss von Familien, die in das KiTa-System von Niedersachsen mehr vertrauen als das KiTa-System in ihrem eigenen Bundesland. Im negativsten Fall bedeutet ein nicht zugewiesener KiTa-Platz den Wegzug einer Familie aus Bremen.

Deswegen ist es wichtig, die Familienbildung in Bremen zu fördern. Nur so kann Bremen weiterhin attraktiv bleiben und Arbeitnehmer aus anderen Gebieten der Republik in Betracht ziehen zu lassen, im Land Bremen Arbeit zu suchen.

Mitunter soll deswegen die vermehrte Kooperation von öffentlichen als auch privaten Trägern gestärkt werden. Eine neue und flexible Idee wäre, mit den in Bremen ansässigen Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitern bezüglich der KiTa-Betreuung zusammenzuarbeiten. Allein Bremens 20 größte Unternehmen beschäftigen über mehr als 60.000 Arbeitnehmer. Eine Unterstützung der Unternehmen würde eine Entlastung der Kapazitäten des Landes bedeuten, als auch die Unternehmen in deren sozialer Verantwortung der Außenwahrnehmung stärken. Beides würde dazu führen, dass der Standort Bremen für Familien attraktiver wird, mehr KiTa-Plätze zur Verfügung stehen werden sowie die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Beruf mit Familie von Arbeitnehmern. Zuletzt wird Bremen für Flexibilität und Kooperationsbereitschaft stehen.

Neben den Familien werden auch die Erzieher/innen selbst von dem derzeitigen Zustand des frühkindlichen Bildungsapparates abgeschreckt. Ohne eine durchgreifende Verbesserung der Situation bezüglich Lohn in der Ausbildung als auch Beruf, deren Reputation und Arbeitszeiten wird der Beruf des Erziehers/in nicht an Attraktivität gewinnen.

Dabei sind gut ausgebildete Erzieher/innen sowie Pädagogen/innen neben den Räumlichkeiten der wichtigste Bestandteil und haben den maßgeblichen Anteil an der frühkindlichen Förderung und Bildung von unseren Kindern, den Erwachsenen von morgen.

Bei einer Annahme (ggf. in geänderter Fassung) wird der Antrag auf dem Landesparteitag der CDU Bremen gestellt.